

Peter Gohle

Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD

Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90



Diese Studie wurde am 9. Juli 2013 unter dem Titel:

»Von der SDP zur gesamtdeutschen Sozialdemokratie – Gründung,
Programmatik, Politik und Organisation der SPD in der DDR im Prozess der
Deutschen Einheit 1989/90«

als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich 05 Gesellschaftswissenschaften, Fach Neuere und Neueste Geschichte, der
Universität Kassel eingereicht.

Datum der mündlichen Prüfung: 26. Februar 2014

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4227-5

ISSN 0941-7621

© 2014 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Reihengestaltung: Just in Print, Bonn · Kempken DTP-Service, Marburg

Umschlagfoto: Fotoarchiv Jupp Darchinger im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn. *Sign.:* 6/FJHD018101.

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: Messner Medien GmbH, Rheinbach

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2014

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Einleitung	9
1 Gegenstand und Zielsetzung	9
2 Forschungsstand	11
3 Aufbau und Fragestellungen	20
4 Quellenlage	26
I Zweierlei Traditionslinien	29
1 Wiedergründung, Zwangsvereinigung, Verfolgung, Anpassung – Zur Geschichte der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR nach 1945	29
2 Die Bürgerbewegung und das Ende der DDR	52
2.1 Das Terrain der DDR-Opposition	52
2.2 Die Implosion der DDR und die Friedliche Revolution	58
II Von Schwante nach Berlin – Die Gründung der SDP im Kontext der Friedlichen Revolution	69
1 »Wir stellten die Machtfrage« – Der Weg nach Schwante	69
2 Programmatik, Organisation und Politik des Vorstandes der SDP im Herbst/Winter 1989	83
3 Verstreute Basisgruppen und ein Landesverband – Die Gründung der SDP in den Bezirken der DDR	104
4 Eine zögerliche Annäherung – Das Verhältnis zur West-SPD	118
5 Weichenstellungen – Die Delegiertenkonferenz vom 12.–14. Januar 1990	129
III Euphorie und Ernüchterung – Der Weg zur Volkskammerwahl	141
1 Politik im Interregnum – Runder Tisch und Regierung Modrow	141
2 Die politische und organisatorische Stabilisierung der SPD in der DDR	152
3 Die vermeintlich stärkste politische Kraft der DDR – Der Parteitag in Leipzig vom 22.–25. Februar 1990	165
4 Die unerwartete Niederlage – die Volkskammerwahlen am 18. März 1990	178
5 Der Fall Manfred »Ibrahim« Böhme	193

IV	Der schwierige Imperativ der Realpolitik – Die Ost-SPD in Regierungsverantwortung	211
1	Grundsatzkonflikt und frühe Weichenstellungen – Die Debatte um die Regierungsbeteiligung	211
2	Der sozialdemokratische Weg zur Deutschen Einheit – Die Koalitionsverhandlungen mit der Allianz für Deutschland	236
3	Die Konstituierung der Volkskammerfraktion und die Aufnahme der parlamentarischen Arbeit	258
4	Die Verhandlungen über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion	272
5	Kommunalwahlen, politische Rollenkonflikte und Professionalisierung der Strukturen	303
6	Der Sonderparteitag von Halle am 9. Juni 1990	322
7	Einigungsvertrag, Wahlvertrag und das Ende der Großen Koalition	340
V	Die Einheit der deutschen Sozialdemokratie	381
1	Organisatorische und politische Vorbereitungen	381
2	Der Vereinigungsparteitag vom 26.–28. September 1990 in Berlin	406
	Zusammenfassende Schlussbetrachtung	431

Anhang

	Abkürzungsverzeichnis (Institutionen, Parteien, Verbände etc.)	454
	Abkürzungsverzeichnis (Standardabkürzungen)	455
	Abbildungsverzeichnis (Rechte, Copyright)	456
	Tabellenverzeichnis	457
	Quellen- und Literaturverzeichnis	458
1	Ungedruckte Quellen	458
2	Gedruckte Quellen, Memoirenliteratur, Zeitzeugen	459
3	Sekundärliteratur	460
	Personenregister	467
	Orts-/Länderregister	472
	Sachregister	473
	Über den Autor	481

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die leicht überarbeitete Fassung meiner im Juli 2013 beim Fachbereich 05 Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel im Fach Neuere und Neueste Geschichte eingereichten Dissertation. Insofern gilt mein besonderer Dank zuallererst meinem Doktorvater Prof. Dr. Friedhelm Boll, der die Arbeit über Jahre hinweg engagiert betreut hat, meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Jens Flemming sowie Prof. Dr. Michael Schneider, der das Projekt in der Anfangsphase entscheidend gefördert und damit erst möglich gemacht hat.

Diese Studie wäre ohne die Unterstützung mehrerer Archive und Bibliotheken, deren Bestände ich im Zuge meiner Forschungen intensiv benutzt habe, nicht denkbar gewesen. In diesem Sinne möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der folgenden Institutionen bedanken, die mir hilfreich zur Seite gestanden haben. Hier sind zunächst meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mario Bungert, Stephanie Kröger, Holger Feldmann, Gisela Krause, Dr. Christoph Stamm, Dr. Gertrud Lenz, Dr. Ilse Fischer, Regine Schoch und Jacques Paparo zu nennen. Meinen Dank für die ebenso freundliche wie sachkundige Betreuung und Beratung möchte ich ebenfalls Hans-Jürgen Klegraf vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sylvia Griwan vom Archiv der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Ulf Rathje von der Abteilung DDR des Bundesarchivs sowie Prof. Dietmar Kummer und Benjamin Schäf vom Archiv der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig aussprechen.

Für ihre Hilfe beim mühseligen Geschäft des Korrekturlesens, der Registererstellung sowie für fachlichen und intellektuellen Austausch danke ich vor allem Dr. Stephan Schmauke und Adrian Urban, dies auch stellvertretend für viele Freundinnen und Freunde, die ich regelmäßig mit dem Thema geplagt habe, sowie nicht zuletzt meiner Frau, die überdies geduldig einen späten Doktoranden als Lebenspartner ertragen hat. Meinen Eltern gebührt das Verdienst, meinen langen Weg in den Archivs- und Historikerberuf über viele Jahre hinweg unterstützt zu haben.

Mein Dank gilt schließlich Dr. Anja Kruke und Dr. Meik Woyke von der Friedrich-Ebert-Stiftung für ihre Unterstützung und die Aufnahme in diese Schriftenreihe sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verlags J. H. W. Dietz in Bonn.

München, Mai 2014

Peter Gohle

2 Die Bürgerbewegung und das Ende der DDR

2.1 Das Terrain der DDR-Opposition

Seit den 1970er-Jahren hatte sich in der DDR ein neues oppositionelles Milieu gebildet, das langsam aber stetig wuchs. Es entwickelte sich vornehmlich unter dem Dach der evangelischen Kirche¹⁴⁷ und speiste sich u. a. aus der an den westlichen Lebensstil angelehnten jugendlichen Subkultur.¹⁴⁸ Zu den Traditionslinien und Bezugspunkten gehörten sowohl der unangepasste Protestantismus¹⁴⁹, der sich aus den Grundlegungen der »Bekennenden Kirche« herleitete, als auch der kritische Marxismus¹⁵⁰, wie er etwa von Ernst Bloch und Robert Havemann seit den 1950er-Jahren sowie später von Wolf Biermann oder Rudolf Bahro vertreten worden war. Neben dem Anspruch auf soziokulturelle Unangepasstheit¹⁵¹ wurde die Friedens- und Wehrdienstfrage zum überragenden Thema der sich bildenden Oppositionsbewegung.¹⁵² Sowohl offen als auch unterschwellig spielte spätestens ab Ende der 1970er-Jahre vor dem Hintergrund des KSZE-Prozesses auch die Menschenrechtsproblematik eine Rolle.¹⁵³ In der Phase des erneuerten Rüstungswettlaufes zwischen Ost und West Anfang der 1980er-Jahre erreichte die Friedensbewegung in der DDR unter dem – bald von der SED gebannten – Motto »Schwerter zu Pflugscharen« eine weit über die noch vergleichsweise bescheidenen kirchlichen Zirkel hinausreichende Öffentlichkeit.¹⁵⁴ Zudem gewann das Umwelt- und Atomthema im Laufe der 1980er-Jahre angesichts der immer deutlicher spürbaren Auswirkungen der DDR-Industriepolitik und schließlich der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 zunehmend an Bedeutung.¹⁵⁵ Diese bemerkenswerte Parallelität zur Entwicklung der grün-alternativen Bewegung im Westen ist kaum zufällig¹⁵⁶, da es in vielerlei Hinsicht hüben wie drüben vergleichbare Befindlichkeiten und Problemlagen gab. Vor diesem Hintergrund existierten relativ rege innerdeutsche Kontakte zur in den 1980er-Jahren stark von alternativen Strömungen beeinflussten

147 Zur Rolle der evangelischen Kirche in der DDR vgl. u. a. Bernd Alsmeier: Wegbereiter der Wende. Die Rolle der evangelischen Kirche in der Ausgangsphase der DDR, Pfaffenweiler 1994; Jürgen Israel (Hg.): Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981–1989, Berlin 1991; Detlev Pollack (Hg.): Die Legitimität der Freiheit. Politische alternative Gruppen unter dem Dach der Kirche, Frankfurt a. M. 1990; Ehrhart Neubert: Eine protestantische Revolution, Osnabrück 1990.

148 Vgl. Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 201 ff.

149 Vgl. ebd., S. 248 ff.

150 Vgl. ebd., S. 109 ff., 220 ff.

151 Vgl. ebd., S. 289 ff.

152 Vgl. ebd., S. 299 ff.

153 Vgl. ebd., S. 356 ff.

154 Vgl. ebd., S. 398 ff.

155 Vgl. ebd., S. 445 ff., 626 ff.

156 Vgl. Geisel, *Suche*, a. a. O., S. 164 ff., 257 ff.

westdeutschen evangelischen Kirche, zu Teilen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik sowie zu den »Grünen«¹⁵⁷. Gelegentlich wird in der einschlägigen Literatur sogar zugespitzt, beim Denken und Handeln der DDR-Opposition handle es sich weithin um bloße »Simulationen [...] westlichen Protestverhaltens«¹⁵⁸. Wie dem auch sei – die kurzzeitigen Überlegungen im Jahr 1984 zur Gründung einer DDR-Sektion der »Grünen« erscheinen angesichts der offensichtlichen inneren Nähe nur konsequent.¹⁵⁹ Die Rahmenbedingungen dieses Engagements waren jedoch in der DDR aufgrund der zum Teil massiven staatlichen Repression¹⁶⁰ erheblich ungünstiger und eine Legalisierung und politische Institutionalisierung analog zur Bundesrepublik völlig undenkbar.

Die DDR-Opposition durchlebte – auch abhängig von ihren jeweiligen Trägergruppen – mehrere Lernprozesse hinsichtlich ihres politischen Denkens und ihrer Ziel- und Alternativvorstellungen. Bis weit in die 1970er-Jahre waren und blieben reformkommunistische bzw. -sozialistische Überlegungen dominant.¹⁶¹ Diese wurden zwar ab Mitte der 1970er-Jahre durch Ansätze aus dem Bereich der christlichen Sozialethik überlagert¹⁶², spielten aber – anders als in anderen osteuropäischen Staaten – weiterhin unterschwellig eine wichtige Rolle.¹⁶³ Verantwortlich für diese Akzentverschiebung war einerseits die mangelnde Ausstrahlung und Bindungskraft reformsozialistischer Gruppen in der Breite.¹⁶⁴ Andererseits aber war die Zerschlagung jenseits der evangelischen Kirche angesiedelter Zusammenschlüsse, vor allem solcher aus dem kulturellen Milieu, durch Ausweisung und staatliche Repression entscheidend.¹⁶⁵ Nur wenig besser erging es freilich der aus dem kirchlichen Raum agierenden und recht stark politisierten Friedensbewegung der frühen 1980er-Jahre¹⁶⁶, die die Militarisierung der DDR-Gesellschaft durch pazifistisch motivierten Protest und Verweigerung frontal anging. Ihre Forderung nach der Auflösung der Blöcke zur Sicherung des globalen Friedens stellte die vom Klassenkampf und der Identifikation von Sozialismus und Frieden ausgehende Doktrin der SED massiv infrage.¹⁶⁷ Auch

157 Vgl. Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 477 ff., 637 ff.

158 Geisel, *Suche*, a. a. O., S. 165.

159 Vgl. Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 518.

160 Vgl. dazu insgesamt Süß, *Staatssicherheit*, a. a. O.

161 Vgl. Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 141 ff., 201 ff.

162 Vgl. ebd., S. 202. Neubert spricht hier von einer »Fusion« der oppositionellen Milieus dies- und jenseits der Kirche, meint aber eher »Absorbierung« der marxistischen Strömung durch die christliche.

163 Vgl. Geisel, *Suche*, a. a. O. Im Gegensatz zu Neubert ist Geisel der Ansicht – und weiß dies gut zu begründen –, dass die DDR-Opposition auch in den 1980er-Jahren bei aller Frontstellung gegen die SED-Herrschaft in ganz überwiegenden Teilen, u. a. mangels greifbarer Alternativen, weithin sozialistisch dachte.

164 Vgl. Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 202.

165 Vgl. ebd., S. 220 ff.

166 Vgl. ebd., S. 335 ff.

167 Vgl. ebd., S. 366 ff.

die Organisationsansätze der Friedensbewegung in der DDR fielen weitgehend staatlichen Repressionsmaßnahmen¹⁶⁸ zum Opfer. Gleichwohl gelang deren Neutralisierung nicht mehr so umfassend wie ehemals, da das Anliegen an sich eine recht weite Ausstrahlungskraft hatte, was nicht zuletzt die zähe Langlebigkeit der »Schwerter zu Pflugscharen«-Bewegung und -Symbolik zeigt.¹⁶⁹ Eher zivilisationskritisch orientiert war die mit den Friedensaktivitäten eng verwobene Ökologiebewegung.¹⁷⁰ Indem sie die zunehmend spürbaren Umweltprobleme in der DDR thematisierte, die letztlich durch die Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«¹⁷¹ entstanden waren, wirkte sie freilich eminent politisch. In ihrer protestantischen und zum Teil quasiasketischen Kritik des Ressourcenverbrauchs im Zeichen der fortschreitenden Industrie- und Konsumkultur stand sie in scharfem Gegensatz zur »marxistisch geprägten Fortschrittsideologie«¹⁷².

In all diesen Jahren der mehr oder minder harschen Konfrontation mit dem diktatorischen Staat ermöglichte die besondere Stellung der evangelischen Kirche im Staatsgefüge der DDR die Schaffung eines zwar nicht staatsfreien, aber dennoch einigermaßen geschützten Raumes zur begrenzten politischen und organisatorischen Entfaltung der Opposition und, was vielleicht noch wichtiger war, ein soziokulturelles Reservat des Diskurses.¹⁷³ Hier konnte sich – typisch für die DDR-Nischengesellschaft – ein in vielerlei Hinsicht vom Staat abgewandtes Milieu mit spezifischen Umgangs- und Kommunikationsformen und einem eigenen alternativen politischen Denken bilden.¹⁷⁴ Dieses hatte mehrere Facetten, die freilich nicht immer zwingend zusammenfielen. Charakteristisch für die meisten Oppositionsgruppen in der DDR der 1980er-Jahre war zunächst der fast durchweg antikapitalistische Grundtenor ihres Engagements.¹⁷⁵ Ihre Alternativvorstellungen zielten keinesfalls auf eine Entwicklung nach dem Muster des Parlamentarismus und noch weniger des westlichen Wirtschaftssystems.¹⁷⁶ Diese politische Orientierung war jedoch, anders als noch bei ihren reformsozialistischen Vorgängern, weniger theoretisch unterfüttert, sondern entsprang oftmals einer eher lebensweltlichen Befindlichkeit.¹⁷⁷ In vielerlei Hinsicht begriffen sie sowohl die sozialistische als auch die kapitalistische Industriegesellschaft als zwei Seiten einer Medaille, die es aus ökologischer und pazifistischer Perspektive gleichermaßen zu kritisieren galt.¹⁷⁸ Die Systemfrage konnte sich nicht zuletzt

168 Vgl. ebd., S. 485 ff.

169 Vgl. ebd., S. 336, 497 f.

170 Vgl. ebd., S. 272 ff., 445 ff., 585 ff., 744 ff.

171 Vgl. Timmer, *Aufbruch*, a. a. O., S. 85 ff.

172 Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 446.

173 Vgl. ebd., S. 248 ff.; vgl. auch Timmer, *Aufbruch*, a. a. O., S. 51 ff.

174 Vgl. ebd., S. 53 ff.

175 Vgl. Geisel, *Suche*, a. a. O., S. 55 ff.

176 Vgl. ebd.

177 Vgl. ebd., S. 170 ff.

178 Vgl. ebd., S. 107 ff.

vor dem Hintergrund der bipolaren Welt der 1980er-Jahre auch kaum stellen. Eine grundsätzliche Umwälzung der Verhältnisse war in einem absehbaren Zeitraum keine tatsächlich denkbare Option.¹⁷⁹ Indem die Opposition die Problemfelder Friedenssicherung, Menschenrechte und »Bewahrung der Schöpfung« eher als ethische denn als politische oder wirtschaftliche Fragen¹⁸⁰ verstand, abstrahierte sie recht weit von der DDR-Wirklichkeit und stellte somit die staatliche Macht eigentlich nicht infrage. In diesem Sinne formulierten sie ihre Positionen selbstbewusst als konstruktive und in ihren Augen völlig legitime Kritik im Systemrahmen des real existierenden Sozialismus.¹⁸¹ Doch schon allein die von Partei und Staat unabhängig vollzogene politische Willensbildung unterminierte das Deutungsmonopol der SED und die in diesem Atemzug behauptete »Einheit von Gesellschaft, Volk, Partei und Staat«¹⁸². Die Ignoranz des Staates führte aufseiten der Friedens- und Umweltgruppen dazu, dass sie sich in ihrer Kritik nun zunehmend auch grundsätzlich gegen die Verhältnisse in der DDR wandten.¹⁸³ Verstärkt wurde dieser Prozess durch die ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleitete Reformpolitik.

In der Forschung ist umstritten, ob und in welchem Ausmaß die DDR-Opposition die in den Nachbarländern Polen und Tschechoslowakei seit den späten 1970er-Jahren entwickelten zivilgesellschaftlichen Ansätze rezipiert und übernommen hat.¹⁸⁴ Zivilgesellschaft meinte in der Diktion etwa Václav Havel¹⁸⁵ die Demokratisierung des Gemeinwesens als dessen Selbstorganisation, gleichsam den Wandel des Bürgers vom sozial atomisierten Objekt staatlichen Handelns zum mündigen und selbstbestimmten gesellschaftlichen Subjekt. Das bedeutete auch bei Havel keineswegs die Übernahme des westlichen Modells und ist am ehesten vergleichbar mit angelsächsischen »grassroots democracy«-Ansätzen, bürgerlich gewendeten Rätekonzepten, wie sie etwa der »Kreisauer Kreis« 1943/44 für die kommunale Ebene entworfen hatte oder wie sie später in der grün-alternativen Szene der Bundesrepublik zu finden waren. Die höchst idealistische Quintessenz dieser Überlegungen ist: »Wo Staat ist, kann keine Zivilgesellschaft sein; wo eine zivile Gesellschaft existiert, ist der Staat überflüssig und überwunden«¹⁸⁶. Erste Ansätze einer solchen Orientierung in der

179 Choi etwa resümiert, der Sozialismus sei für die DDR-Opposition eine »Selbstverständlichkeit« gewesen. Choi, *Dissidenz*, a. a. O., S. 217. In diesem Sinne vgl. auch insgesamt Geisel, *Suche*, a. a. O.

180 Vgl. Timmer, *Aufbruch*, a. a. O., S. 53.

181 Vgl. ebd., S. 58.

182 Ebd.

183 Vgl. ebd., S. 60; vgl. auch Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 499 ff.

184 Vgl. Timmer, *Aufbruch*, a. a. O., S. 63 ff.; Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 499 ff.; Geisel, *Suche*, a. a. O., S. 198 f.

185 Vgl. Timmer, *Aufbruch*, a. a. O., S. 43 ff.

186 Ebd., S. 46.



Abb. 2 Friedensseminar in Vipperow, Mitte der 1980er-Jahre; rechts Markus Meckel.

DDR könnte man in der alternativ-lebensweltlichen Verkapselung¹⁸⁷ der verschiedenen Gruppen des oppositionellen Milieus erblicken, die den Staat – wenn er sie denn gelassen hätte – tunlichst zu ignorieren und zivilgesellschaftliche Werte nach innen zu leben suchten. Ab Mitte der 1980er-Jahre lässt sich – so zumindest Timmer¹⁸⁸ – eine Wendung des Denkens weg von der Binnenperspektive der Gruppen oder der blockübergreifenden Makrosicht hin zur Analyse und Kritik der DDR-Strukturen feststellen. Dies beinhaltet die Zielvorstellung einer Demokratisierung – als Gestaltung der Gesellschaft von der Mikroebene des Bürgers aus – und die Herstellung einer staatsunabhängigen Öffentlichkeit als Plattform des allgemein Politischen. Gorbatschows Reformprogramm – Öffnung der staatlichen Strukturen sowie freie Meinungsäußerung und Presse – schien diesen Vorstellungen entgegen zu kommen bzw.

187 Vgl. Geisel, *Suche*, a. a. O., S. 194 ff. Geisel interpretiert freilich die subkulturelle Nische als Argument gegen den Befund von zivilgesellschaftlicher Orientierung. Er übersieht dabei jedoch den Aspekt der Selbstorganisation, die zwar nicht offen gegen den Staat gerichtet war, aber bewusst jenseits des Staates zu existieren versuchte, um die »Atomisierung« aufzubrechen und den gesellschaftlichen Integrationsritualen zu entgehen.

188 Vgl. Timmer, *Aufbruch*, a. a. O., S. 63 ff.

wichtige Anliegen auch der DDR-Opposition aufzunehmen.¹⁸⁹ Die sture Weigerung der SED-Führung, diese Linie auch nur ansatzweise, wie etwa in Polen und Ungarn, zu übernehmen, trug dazu bei, die Konfrontation bis zum dann kritischen Moment des Herbstes 1989 zuzuspitzen.¹⁹⁰ Spiegel dieser, wenn man so will, zivilgesellschaftlichen Utopie sind die durchgängig von allen Organisationen der Bürgerbewegung im Herbst/Winter 1989 bekundeten basisdemokratischen Vorstellungen.¹⁹¹

Geisel hat auf einen zweiten wichtigen Aspekt der politischen Gedankenwelt der DDR-Opposition bzw. der Bürgerbewegung hingewiesen: die Adaption des postmaterialistischen Paradigmas der westlichen Protestbewegung.¹⁹² Auf die kulturkritischen Ansätze der Ökologie- und Umweltbewegung in der DDR ist bereits oben kurz verwiesen worden. Den Trend weg von den zentralen Werten der Nachkriegszeit wie »Wohlstand, Sicherheit und Stabilität« hin zu den postmaterialistischen Kerngedanken »Partizipation, Solidarität und Selbstverwirklichung«¹⁹³ vollzog die entstehende Bürgerbewegung – unter den erschwerten materiellen Bedingungen der DDR-Ökonomie – offenbar mühelos mit. Der ebenfalls oben erwähnte protestantisch-asketische Grundcharakter der DDR-Ökologiebewegung mag dies durchaus erleichtert haben. In diesem Sinne gelangte die latente Wirtschaftsmisere und chronische Unterversorgung mit hochwertigen Konsumgütern, die das Gros der DDR-Bevölkerung bedrückte, kaum in das Blickfeld der Opposition. Im Gegenteil gab sich eine Vielzahl der Bürgerrechtler konsumkritisch. In einem Aufruf des Neuen Forum vom November 1989 hieß es:

»Laßt Euch nicht von den Forderungen nach einem politischen Neuaufbau der Gesellschaft ablenken! [...] Wir werden für längere Zeit arm bleiben, aber wir wollen keine Gesellschaft haben, in der Schieber und Ellenbogentypen den Rahm abschöpfen. Ihr seid die Helden einer politischen Revolution, laßt Euch jetzt nicht ruhigstellen durch Reisen und schuldenerhöhende Konsumspritzen.«¹⁹⁴

Ein führender Aktivist der Berliner Umweltbibliothek stellte rückblickend fest:

189 Vgl. Geisel, Suche, a. a. O., S. 50, 62 ff. Geisel stellt mit Stefan Wolle allerdings auch fest: »Die ideologische Kontroverse um Perestroika, Glasnost und Demokratisierung spielte sich seit 1985 eher in der Partei [der SED] ab als in den intellektuellen Zirkeln und kirchlichen Friedensgruppen. Letztere diskutierten stattdessen über Gewalt in der Familie, Erziehung zur Mitmenschlichkeit und die Gleichberechtigung homosexueller Paare.« Wolle, zit. ebd., S. 204.

190 Vgl. hierzu etwa Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 76 ff. Die SED-Führung verspielte damit 1987 die letzte Chance auf Stabilisierung ihrer Position. Vgl. Timmer, Aufbruch, a. a. O., S. 94 f.

191 Vgl. ebd., S. 71.

192 Vgl. Geisel, Suche, a. a. O., S. 168, 177 ff.

193 Ebd., S. 168 f.

194 Aufruf des Neuen Forum v. 12.11.1989, zit. n. Geisel, Suche, a. a. O., S. 178.

»Uns ging es in der Tat um eine Gesellschaftsordnung, die es ermöglicht, etwas substanziell Neues in Angriff zu nehmen. [...] Nicht umsonst war eine der Wurzeln von Opposition in der DDR die Ökologiebewegung, welche immer davon ausgegangen ist, daß in punkto Bedürfnisse und Bedürfnisbefriedigung zukünftig ganz neue Wege zu beschreiten sind. Und natürlich unterschied uns da manches von der breiten Bevölkerung.«¹⁹⁵

Es ergibt sich also insgesamt ein durchaus vielschichtiges und bisweilen auch widersprüchliches Bild, in dem sich Reste reformkommunistischer bzw. -sozialistischer Vorstellungen mit zivilgesellschaftlichen, lebensreformerischen, alternativen sowie kultur- und zivilisationskritischen Anschauungen mischen und gegenseitig überlagern. Die Protagonisten der Bürgerbewegung hofften im Herbst 1989, befeuert durch die ihr unverhofft zugeflogene Massenbewegung, genug Zeit zu bekommen, um gleichsam im Vollzug des angestoßenen revolutionären Prozesses ihre Suche nach einem »Dritten Weg« neuen Typs vollenden zu können.

2.2 Die Implosion der DDR und die Friedliche Revolution

Ab spätestens Mitte der 1980er-Jahre wurde die allgemeine Situation in der DDR immer prekärer.¹⁹⁶ Für die Stagnation auf der politischen Ebene war die völlige Ignoranz und strikte Abwehr, die die SED-Führung dem Reformprogramm von Michail Gorbatschow entgegenbrachte, verantwortlich.¹⁹⁷ Besonders augenfällige und gleichzeitig absurde Wegmarken sind in diesem Zusammenhang die Zensur bzw. nur auszugsweise Veröffentlichung von »Reden von Genossen der KPdSU« sowie das Verbot der deutschsprachigen Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift »Sputnik«¹⁹⁸. Der Dogmatismus der SED und die immer wirklichkeitsferneren Inszenierungen, Schönfärbereien und Parteitagssphrasen¹⁹⁹ führten zu einer schleichenden Distanzierung von immer mehr vormals loyalen oder angepassten DDR-Bürgern von ihrem Staat.²⁰⁰ Daran änderten auch scheinbar spektakuläre Erfolge des Regimes nichts, wie etwa der Besuch Honeckers in Bonn 1987.²⁰¹ Ein Übriges tat der gleichsam fleisch-

195 Wolfgang Rüdtenklau am 19.01.2002, zit. n. ebd., S. 179.

196 Vgl. dazu zusammenfassend: Hermann Weber: Geschichte der DDR, Erfstadt 2004, S. 449 ff.

197 Vgl. ebd.; detaillierter und unter besonderer Berücksichtigung des MfS: Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 76 ff.

198 Vgl. Süß, ebd., S. 80 f., 100.

199 Vgl. Weber, DDR, a. a. O., S. 451 ff.

200 Vgl. Timmer, Aufbruch, a. a. O., S. 92 f.

201 Vgl. dazu Korte, Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 324 ff.

gewordene Verfolgungswahn der SED: die scheinbar allgegenwärtige Überwachung und Durchspitzelung der Gesellschaft durch das MfS.²⁰²

Weit wichtiger für den Entfremdungsprozess von Bevölkerung und Staat waren gleichwohl die anhaltend negative Wirtschaftsentwicklung und der gegen Ende der 1980er-Jahre buchstäblich mit den Händen greifbare Verfall des Landes, die Teile der DDR-Gesellschaft – vor allem junge und gut ausgebildete Menschen²⁰³ – an ihren Lebenschancen im Arbeiter-und-Bauern-Staat zweifeln ließen. Zwar war der Lebensstandard in der DDR spürbar höher als in anderen RGW-Staaten. Der Maßstab war jedoch ein anderer und orientierte sich an der nicht zuletzt durch das Westfernsehen vermittelten bunten Konsumwelt der Bundesrepublik.²⁰⁴ Die 1971 ausgerufene und auf eine deutliche Steigerung des Massenkonsums orientierte »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«²⁰⁵ hatte zunächst ihre Ziele erreicht und vorläufig stabilisierend und integrierend gewirkt. Freilich war schon recht früh vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR darauf hingewiesen worden, dass dieses ehrgeizige Programm die Möglichkeiten der ostdeutschen Wirtschaft weit überspannte und nur durch westliche Kredite finanzierbar war.²⁰⁶ Mit der Zeit geriet die DDR-Wirtschaft in einen Teufelskreis von teurer Sozial- und Subventionspolitik, sinkenden Investitionen, Innovationsdefizit, negativer Handelsbilanz, stagnierender Wirtschaftskraft und massiv ansteigender Verschuldung. Eine Revision dieses Kurses war politisch immer weniger möglich, da sie zu spürbaren Einschnitten beim ohnehin als latent defizitär empfundenen Lebensstandard geführt hätte, deren potenzielle Auswirkungen auf die Bevölkerung die SED über alle Maßen fürchtete.²⁰⁷ Es häuften sich Beschwerden über gravierende Qualitäts- und Versorgungsmängel in nahezu allen Segmenten des Warenangebots der DDR. Für zusätzlichen Unmut und Frustration sorgten in der Arbeitswelt Stockungen und Ineffizienz im Produktionsprozess, die durch marode und überalterte Industrieanlagen und Infrastruktur bedingt waren.²⁰⁸ Von den ökologischen Auswirkungen des ökonomischen Hasardkurses gar nicht zu reden. Die doppelte Unzufriedenheit angesichts dieser Krisen mündete einerseits in

202 Vgl. dazu zusammenfassend: Weber, DDR, a. a. O., S. 466 f.; detailliert: Süß, Staatssicherheit, a. a. O.

203 Hier ist zu bedenken, dass die Chancen von höher qualifizierten Kräften und Akademikern, in der DDR entsprechend ihrer Ausbildung zu reüssieren, mäßig waren. Dabei spielte auch eine gewisse Dominanz des »Proletarischen« in der Betriebskultur der DDR eine Rolle. Vgl. Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 228 f.

204 Vgl. Weber, DDR, a. a. O., S. 442 f.

205 Vgl. dazu: Timmer, Aufbruch, a. a. O., S. 86 ff.

206 Vgl. ebd., S. 88.

207 Vgl. ebd.

208 Vgl. ebd., S. 90 ff.; vgl. dazu auch: MfS, ZAIG, 0/225, abgedr. i.: Armin Mittner, Stefan Wolle (Hg.): »Ich liebe Euch doch alle ...«. Befehle und Lageberichte des MfS Januar bis November 1989, Berlin 1990, S. 141 ff.

sprunghaft ansteigenden Zahlen von Ausreiseträgern und andererseits intensivierten Aktivitäten der Opposition.²⁰⁹ Die Kritiklinien der Oppositionellen und derjenigen, die aus unterschiedlichen Motiven heraus in erster Linie ausreisen wollten, ließen sich jedoch zunächst wegen der weiter oben schon umrissenen unterschiedlichen Interessenslagen, Zielvorstellungen und letztlich auch der mentalen bzw. lebensweltlichen Differenzen kaum miteinander verbinden.²¹⁰

Im In- und Ausland weitgehend unbemerkt oder ignoriert hatte sich gleichzeitig eine schleichende Erosion der ehemals monolithischen SED-Herrschaft vollzogen.²¹¹ Die »Gerontokratie« um Erich Honecker zeichnete sich spätestens seit Mitte der 1980er-Jahre durch zunehmende administrative Ineffizienz und Realitätsverlust aus, unfähig, die heraufziehenden düsteren Schatten wahrzunehmen, geschweige denn der latenten Krise wirksam entgegenzutreten.²¹² In der Partei rumorte es angesichts des neuen Kurses der sowjetischen Führung um Gorbatschow erheblich.²¹³ Das gefürchtete MfS zeigte zwar immer wieder demonstrative Präsenz, wie etwa mit der Durchsuchung der Umweltbibliothek in Berlin im November 1987²¹⁴ oder der groß angelegten Verhaftungswelle im Kontext der Gedenkdemonstration für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1988.²¹⁵ Darüber hinaus lieferte es immer noch beständig Informationen über »feindlich-negative« Aktivitäten in Hülle und Fülle.²¹⁶ Gleichwohl schwanden die Möglichkeiten zur Repression der sich immer offener artikulierenden Opposition zusehends.²¹⁷ Dies hatte mehrere externe wie interne Ursachen. Vor dem Hintergrund des Wandels in der Sowjetunion, der Fortschreibung des KSZE-Prozesses sowie der Suspendierung der Breschnew-Doktrin fiel die Legitimierung drastischer sicherheitspolitischer Maßnahmen deutlich schwerer.²¹⁸ Gleichzeitig begrenzte die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von der Bundesrepublik die Bewegungsfreiheit der SED-Führung immer mehr, was – von der Bundesregierung durchaus intendierte – Auswirkungen auf das innenpolitische Regime hatte.²¹⁹ Nicht zuletzt diese außenpolitischen Zwänge führten etwa im April 1989 zur stillschweigenden

209 Vgl. Weber, DDR, a. a. O., S. 465 ff.

210 Zum ambivalenten bis feindlichen Verhältnis der DDR-Opposition zu den Ausreisewilligen vgl. Neubert, Opposition, a. a. O., S. 671 ff.

211 Vgl. zum Folgenden u. a. Geisel, Suche, a. a. O., S. 18 ff.

212 Vgl. ebd., S. 25.

213 Vgl. Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 105 ff.; vgl. auch: Wolle, Welt, a. a. O., S. 292 ff. sowie Siegfried Suckut, Dietrich Staritz: Alte Heimat oder neue Linke, in: Niedermayer, Stöss, Parteien, a. a. O., S. 172 f.

214 Vgl. hierzu: Neubert, Opposition, a. a. O., S. 694 ff.

215 Vgl. ebd., S. 696 ff.

216 Vgl. dazu etwa für das Jahr 1989: Mittner, Wolle, Befehle, a. a. O.; vgl. auch: Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 129 ff.

217 Vgl. ebd., S. 742 ff.

218 Vgl. ebd., S. 88 ff., 742 ff.

219 Vgl. ebd., S. 743 ff.; zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung vgl. insgesamt Korte, Deutschlandpolitik, a. a. O.

den Aufhebung des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze.²²⁰ Daneben zeigte sich der MfS-Apparat, trotz demonstrativer und weitgehender Linientreue in den oberen Etagen der Nomenklatura, keineswegs immun gegenüber dem Glasnost- bzw. Perestroika-Bazillus.²²¹ Markus Wolf²²², bis 1986 Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, der sich seit seinem Abschied verhalten und spätestens ab November 1989 demonstrativ auf die Seite der Reformer schlug, ist hier, wie es scheint, nur die Spitze des Eisbergs. Auch in den Betriebskampfgruppen wurden Tendenzen offenbar, sich keineswegs widerspruchslos als »Knüppelgarde« gegen die eigene Bevölkerung einsetzen lassen zu wollen.²²³ Eine »chinesische Lösung« des Problems war also – entgegen den zeitgenössischen Befürchtungen und vermeintlich eindeutigen Säbelras-seln – zu keinem Zeitpunkt eine tatsächlich gangbare Option im MfS.²²⁴ Trotz einer weiten Streuung von in den Organisationen der Opposition eingeschleusten IMs ver-fingen die Methoden der konspirativen »Steuerung und Manipulation« immer weni-ger, vor allem weil ein geheimdienstliches Konzept dahinter weitgehend fehlte.²²⁵ Das Regime war zwar noch willens und in der Lage das eine oder andere Exempel zu sta-tuieren, wie etwa die Ausbürgerung von Freya Klier und Stephan Krawczyk oder die zeitweilige Exilierung von Mitgliedern der Initiative Frieden und Menschenrechte²²⁶ Anfang 1988 zeigt. Gleichwohl entglitten die Oppositionsgruppen zusehends dem Zugriff des MfS, sodass die Entwicklung immer weniger kontrollierbar wurde. Das blieb auch den Bürgerrechtlern nicht verborgen. Schon 1986 hatte Wolfgang Templin festgestellt, dass das SED-Regime nur mehr eine gezügelte »soziale Repression« aus-übe.²²⁷ Dies ging einher mit immer größeren Möglichkeiten alternativ-subkultureller Entfaltung, vor allem jenseits des Politischen im engeren Sinne:

»Es ist so heikel nicht, eine Wohnung zu besetzen, die man nicht bekommt, oder, nichts leichter als das, die Bearbeitungsfrist eines Ausreiseantrags durch quasi-politische Aktivitäten erheblich zu beschleunigen. Das alles ist freilich nicht ganz konform und legal, aber so mordsgefährlich auch wieder nicht.«²²⁸

Ein latenter Verfolgungsdruck blieb freilich bestehen in Gestalt von Postüberwa-chung, der Behinderung öffentlicher Aktionen, in schlimmen Fällen Ausbürgerung oder justizieller Verfolgung, Versuchen individueller Verunsicherung oder Unter-

220 Vgl. Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 148 ff.

221 Vgl. ebd., S. 105 ff., 187 ff.

222 Vgl. ebd., S. 520 ff.

223 Vgl. ebd., S. 115 ff., 743.

224 Vgl. ebd., S. 301 ff., 745.

225 Vgl. ebd. S. 744 f.

226 Vgl. Neubert, Opposition, a. a. O., S. 696 ff.

227 Zit. n. Geisel, Suche, a. a. O., S. 24.

228 Ebd., S. 23.

minierung von Gruppenaktivitäten durch IMs.²²⁹ Aber die Oppositionszirkel hatten schon seit längerer Zeit mehr oder minder erfolgreiche Maßnahmen²³⁰ gegen die Unterwanderung entwickelt. So versuchten sie unbekannte IMs bloßzustellen, zu verwirren oder zu enttarnen, was durchaus auch bisweilen gelang. Die innere Situation, der schleichende Verfall des SED-Herrschaftsapparats unter der nicht mehr ganz so glänzenden Oberfläche und die daraus resultierende zunehmende »Indulgenz« des Regimes abweichendem Verhalten gegenüber führten Geisel – nicht ganz unbegründet – dazu, den immer wieder in Bezug auf die späte DDR angewandten Begriff des »Totalitären« deutlich zu relativieren.²³¹ Dem ist in weiten Teilen – ohne ins verharmlosende abzugleiten – zuzustimmen. Man könnte in diesem Zusammenhang gerade hinsichtlich der Situation des Jahres 1989 von einem in vielerlei Hinsicht hilflos autoritären Staat sprechen.

Erste Vorboten des Umbruchs zeigten sich im Umfeld der von der SED gefälschten Kommunalwahl im Mai 1989.²³² Indem es couragierten Oppositionellen gelungen war, der SED die Manipulationen und damit einen offenen Verstoß gegen geltendes DDR-Recht nachzuweisen, ohne dass dies vom MfS²³³ hätte verhindert werden können, machten sie die schwindende Handlungsfähigkeit des Regimes weit hin sichtbar.²³⁴ Mehr noch: In dem Aufbegehren der Bürgerrechtler und dem erheblichen Staub, den dies in der Öffentlichkeit aufwirbelte, ist ein »Mentalitätswandel« der DDR-Bevölkerung zu entdecken – ein Wetterleuchten »schwindender Massensolidarität«²³⁵. Die offene Akklamation des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking wenige Wochen später, die eigentlich als eine Drohgebärde gegenüber dem störrischer werdenden Staatsvolk gedacht war, hatte die genau gegenteilige Wirkung und zerstörte die letzten Reste von Ansehen und moralischer Legitimation, die die SED-Führung aufgrund ihrer antifaschistischen Vergangenheit noch genoss.²³⁶

Der Anfang vom Ende der DDR wurde mit der massiven Fluchtwelle ausreisewilliger DDR-Bürger über Ungarn – dort waren ab Mai die Grenzanlagen abgebaut worden – im Sommer und Frühherbst 1989 eingeläutet. Auf die Details dieser Ereignisse

229 Zusammenfassend zu den Spielarten der Maßnahmen des MfS gegen die Opposition vgl. Choi, *Dissidenz*, a. a. O., 155 ff.; vgl. auch: Süß, *Staatssicherheit*, a. a. O., Neubert, *Opposition*, a. a. O.

230 Vgl. Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 511 ff.

231 Vgl. Geisel, *Suche*, a. a. O., S. 18 ff.

232 Zur Fälschung der Kommunalwahl vgl. Süß, *Staatssicherheit*, a. a. O., S. 117. Süß stellt fest, dass Wahlfälschung eine seit den Anfängen der DDR übliche Praxis war. Signifikant war also nicht das Ereignis an sich, als vielmehr die öffentliche Reaktion darauf.

233 Das MfS hatte bemerkenswerterweise ausdrücklich vor einer Manipulation des Wahlergebnisses gewarnt, »um negativ-feindlichen Kräften keine Möglichkeit zu Angriffen gegen die Wahlen zu bieten«. Ebd., S. 18.

234 Vgl. ebd., S. 744.

235 Ebd., S. 117.

236 Vgl. ebd., S. 128.

nisse braucht hier, da sie mehrfach geschildert worden sind²³⁷, nicht weiter eingegangen werden. Bis Ende September verließen über 25.000²³⁸ Menschen die DDR, was in der Gesellschaft und der Wirtschaft empfindliche Lücken riss, die allenthalben spürbar waren.²³⁹ Nach anfänglichem demonstrativem Schweigen reichte die Reaktion der SED-Führung von der Lobpreisung der DDR als »Heimstatt der Geborgenheit« über die Verbreitung von Verschwörungstheorien über westliche Menschenhändler bis hin zu der Feststellung Honeckers, man möge den Republikflüchtigen »keine Träne nachweinen« und brachte damit das Fass zum Überlaufen.²⁴⁰ Es wurde nun für jedermann offensichtlich, wie weit sich inzwischen die Realitätswahrnehmungen der Herrschenden von denen der Beherrschten entfernt hatten. Damit fielen die letzten Hemmungen der Zurückgebliebenen, nun auch für die DDR einschneidende Veränderungen einzufordern.²⁴¹ Dieses Begehren, das nun auch immer mehr von jenen DDR-Bürgern Besitz ergriff, die bisher weitgehend passiv geblieben waren, fand zunächst seinen Ausdruck in kritischen Leserbriefen, größeren Mengen von Eingaben und Resolutionen an das ZK der SED sowie offenen Briefen und öffentlich verlesenen Protestaufrufen. Die Initiativen kamen aus allen Teilen der Gesellschaft, zuvorderst aus der evangelischen Kirche, dann von Schriftstellern, Musikern und Künstlern und schließlich, was die SED besonders beunruhigen musste, aus den Betrieben.²⁴² Mit dem Gründungsauftrag des Neuen Forum²⁴³ am 10. September 1989 trat erstmals die DDR-Opposition offiziell organisatorisch in Erscheinung. Weitere Gruppen, u. a. die SDP, Demokratie jetzt und der Demokratische Aufbruch folgten im Laufe des September und Oktober.²⁴⁴ Parallel dazu zeigten sich in den Blockparteien CDU und LDPD erste Absetzbewegungen vom starren Kurs der SED.²⁴⁵

Ab Anfang September explodierten die Teilnehmerzahlen am mittlerweile traditionellen montäglichen Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche.²⁴⁶ Ausgehend von hier bahnte sich der Protest seinen Weg auf die Straße. Alle Versuche der SED, des MfS und der Sicherheitsorgane, der Bewegung durch Obstruktion und Gewaltmaßnahmen Einhalt zu gebieten, fruchteten nicht.²⁴⁷ Im Gegenteil, die Anzahl der Teilnehmer an den spontan entstandenen Montagsdemonstrationen steigerte sich von Woche zu Woche. Zu schwersten gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es Anfang Oktober in Dresden, wo sich anlässlich der Durchfahrt von Flüchtlingszügen

237 Vgl. u. a. Timmer, *Aufbruch*, a. a. O., S. 96 ff.; Süß, *Staatssicherheit*, a. a. O., S. 154 ff.

238 Vgl. Weber, *DDR*, a. a. O., S. 469.

239 Vgl. Timmer, *Aufbruch*, a. a. O., S. 96 ff.

240 Vgl. ebd.

241 Vgl. ebd.

242 Vgl. ebd.

243 *Abgedr. i.: Rein, Opposition*, a. a. O., S. 13 ff.

244 Vgl. hierzu Neubert, *Opposition*, a. a. O., S. 833 ff.

245 Vgl. ebd., S. 845 ff.

246 Vgl. Timmer, *Aufbruch*, a. a. O., S. 152 ff.

247 Vgl. Süß, *Staatssicherheit*, a. a. O., S. 301 ff.



Abb. 3 Montagsdemonstration in Leipzig im September 1989.

aus der Tschechoslowakei ausreisewillige Demonstranten eine zweitägige Straßenschlacht mit der Volkspolizei lieferten.²⁴⁸ Auch am Rande des Festaktes zum 40-jährigen Jubiläum der DDR am 7. Oktober 1989, einem mehr als hilflosen Versuch der SED, Normalität zu suggerieren, kam es zu zum Teil heftigen gewaltsamen Zusammenstößen, drastischen Willkürakten der Ordnungskräfte und einer Vielzahl von Verhaftungen.²⁴⁹ Den Zenit der Konfrontation zwischen Volk und Staatsmacht markiert der 9. Oktober 1989 mit der bislang größten Montagsdemonstration in Leipzig. Erich Honecker hatte gefordert, neuerliche »Krawalle [...] von vornherein zu verhindern«²⁵⁰. Zu diesem Zweck waren insgesamt etwa 8.000 Mann Volkspolizei, Betriebskampfgruppen und auch Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) in Leipzig zusammengezogen worden. Die SED-Bezirksleitung heizte die Atmosphäre zusätzlich an, indem nun von »konterrevolutionären Aktionen« gesprochen wurde, die es zur

248 Vgl. ebd., 245 ff.

249 Vgl. ebd., 279 ff.; vgl. ebenfalls: Nicole Voeltz: Staatsjubiläum. Planung und Scheitern des 40. Jahrestages der DDR 1989 (= Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde Bd. 31), Leipzig 2009.

250 Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen v. 08.10.1989, abgedr. i.: Mittner, Wolle, Befehle, a. a. O., S. 200.

Not »mit der Waffe in der Hand« niederzuringen gelte.²⁵¹ Diese Drohung diente freilich hauptsächlich der Einschüchterung. Zwar war ein massiver Einsatz der Sicherheitskräfte geplant, um den Protestmarsch aufzulösen und vor dem Hauptbahnhof abzudrängen. Der Gebrauch von Schusswaffen war jedoch nicht vorgesehen.²⁵² Angesichts eines gleichwohl scheinbar unmittelbar bevorstehenden Bürgerkriegsszenarios taten sich überraschend drei Sekretäre der SED-Bezirksleitung mit prominenten Leipziger Bürgern, u. a. dem Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, zusammen und riefen zu »Besonnenheit« und »friedliche[m] Dialog« auf – der berühmt gewordene »Aufruf der Sechs«²⁵³. Aufseiten der Bevölkerung hatte das martialische Säbelrasseln der SED freilich den gegenteiligen Effekt und eher motivierend als einschüchternd gewirkt. Zwar stellte man sich auf das Schlimmste ein, sah aber die Demonstration als »die einzige Möglichkeit: Jetzt. Entweder die oder wir.«²⁵⁴ Als sich am Abend des 9. Oktober ein Zug von 70.000 Menschen von der Nikolaikirche über den Ring zum Hauptbahnhof bewegte, befahl der amtierende Sekretär der SED-Bezirksleitung Helmut Hackenberg, der sich zuvor immer als Hardliner gezeigt hatte, den Rückzug der Ordnungskräfte und deren »Eigensicherung«²⁵⁵. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Einerseits reagierte Hackenberg damit auf die Spaltung der SED-Bezirksleitung und den daraus resultierenden »Aufruf der Sechs«²⁵⁶. Andererseits war der für Sicherheitsfragen zuständige ZK-Sekretär Egon Krenz im entscheidenden Moment nicht auf der Höhe des Geschehens und segnete erst nachträglich Hackenbergs Entscheidung ab.²⁵⁷ Eine kaum zu überschätzende Rolle spielte schließlich, dass die Demonstration völlig friedlich verlief und damit den Sicherheitskräften keinerlei Grund zum Eingreifen gegeben wurde.²⁵⁸

Die Massenbewegung war zwar in der einen oder anderen Weise von den Aktivitäten der Opposition angestoßen worden, entwickelte sich aber dann im Wesentlichen selbstständig.²⁵⁹ Die Nikolaikirche – als von der Bürgerbewegung geprägter Raum – war in diesem Prozess ein zentraler Anlauf- und Ausgangspunkt.²⁶⁰ Die Opposition war so in mancher Hinsicht Vorreiter, aber nicht im eigentlichen Sinne Vordenker

251 So der Kommandeur einer Betriebskampfgruppe in einem Leserbrief an die Leipziger Volkszeitung v. 06.10.1989, zit. n. Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 305.

252 Vgl. ebd.

253 Vgl. ebd., S. 307 ff.

254 Zit. n. Timmer, Aufbruch, a. a. O., S. 177.

255 Vgl. Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 311 ff.

256 Vgl. ebd., S. 312.

257 Vgl. ebd., Timmer, Aufbruch, a. a. O., S. 188 ff.

258 Vgl. Vermerk des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Kurt Löffler v. 09.10.1989: »In Übereinstimmung mit Genossen Egon Krenz greifen die Ordnungskräfte nicht ein, solange keine gewaltsamen Aktionen aus der Demonstration heraus stattfinden.« Zit. n. Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 313.

259 Vgl. Timmer, Aufbruch, a. a. O., S. 161 ff.

260 Vgl. ebd.

oder gar Organisator der Demonstrationen. Indem sie – nicht zuletzt durch die Westmedien vermittelt – als demokratische Alternative zur SED-Diktatur und damit glaubwürdiger Reformmotor die revolutionäre Szenerie betrat, wurde sie vielmehr Projektionsfläche und Kristallisationspunkt von durchaus heterogenem Protestverhalten.²⁶¹ Ohne dass die politischen Vorstellungen und Ziele etwa des Neuen Forum in der Breite überhaupt bekannt gewesen wären, strömten ihm die Menschen in großer Zahl zu. Die Bürgerbewegung war davon organisatorisch bei Weitem überfordert, leistete aber dieser Entwicklung durch das Angebot höchst offener Plattformen Vorschub.²⁶² In gewisser Weise bildeten in der kurzen Zeitspanne zwischen Oktober und Dezember 1989 die sich formierenden Oppositionsgruppen und die Massenbewegung eine durchaus widerspruchsvolle revolutionäre Symbiose, die vor allem durch die gemeinsame Gegnerschaft zum SED-Regime zusammengehalten wurde.

Während die Demonstranten die Straßen Leipzigs bevölkerten, hatte Krenz darauf hingearbeitet, sich im Politbüro ausreichenden Rückhalt für eine Ablösung Honeckers zu verschaffen.²⁶³ Dieser trat am 18. Oktober zurück, und Krenz avancierte zu seinem Nachfolger in den Ämtern des SED-Generalsekretärs und Staatsratsvorsitzenden der DDR.²⁶⁴ Überstürzt versuchte er nun, Reformen einzuleiten sowie den Forderungen der Demonstranten und der Opposition entgegenzukommen. Gleichzeitig war es sein Ziel, im Rahmen des von der Partei nun eingeräumten »Dialogs«, die Initiative für die SED zurückzugewinnen, um damit deren »führende Rolle« zu sichern.²⁶⁵ Allein, Krenz war als »deutscher Gorbatschow«²⁶⁶, wie er sich gerne gesehen hätte, allzu wenig glaubwürdig und die SED-Vertreter in den inszenierten Dialogveranstaltungen zu schlecht vorbereitet²⁶⁷, um den Anwürfen der Opposition dauerhaft standhalten, geschweige denn den Dialogprozess steuern zu können.²⁶⁸ Daneben hatte die revolutionäre Entwicklung eine Eigendynamik gewonnen, die Krenz' großspurig als »Wende« deklarierten, gleichwohl de facto recht zaghaften Reformansatz bald überholte.²⁶⁹ Am 4. November forderten rund eine Million Demonstranten auf dem Ostberliner Alexanderplatz Presse-, Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie freie Wahlen.²⁷⁰ Dies wiederum hatte Auswirkungen auf die SED sowohl an der Basis als auch an der Spitze. Wenige Tage später waren große Teile der alten Garde

261 In diesem Sinne vgl. ebd. S. 172 f.

262 Vgl. ebd. 213 ff.

263 Vgl. Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 296 ff., 340 ff.; Timmer, Aufbruch, a. a. O., S. 188 f.

264 Vgl. ebd.

265 Vgl. ebd., S. 213 ff., 351 ff.; Timmer, Aufbruch, a. a. O., S. 250 ff.

266 Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 749.

267 Oft waren sie auch für die vorgebrachten Anliegen schlicht nicht zuständig. Vgl. Timmer, Aufbruch, a. a. O., 263 ff.

268 Vgl. ebd., S. 259 ff.

269 Vgl. ebd.

270 Vgl. Weber, DDR, a. a. O., S. 479; Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 385 ff.

Honeckers im Politbüro abgelöst.²⁷¹ Das einschneidendste Ereignis folgte jedoch am 9. November mit der Öffnung der Berliner Mauer.²⁷² Von da an änderte sich der Charakter der Friedlichen Revolution, die bis dato vor allem auf eine Demokratisierung einer weiterhin eigenständigen DDR abgezielt hatte. In dem Maß, in dem die wahre Dimension der Misere der DDR-Wirtschaft, des Machtmissbrauchs sowie die Inkompetenz des SED-Regimes offenbar wurde, geriet die deutsche Wiedervereinigung als Allheilmittel auf die Agenda der in der ganzen DDR unablässig marschierenden Demonstranten.²⁷³ Am 6. Dezember trat Krenz nach nur 50-tägiger Amtszeit zurück und mit ihm geschlossen das Politbüro sowie das ZK der SED.²⁷⁴ Ohne dass das zeitgenössisch in dieser Tragweite wahrgenommen worden wäre, hatten die Totenglocken für die DDR am 9. November 1989 zu läuten begonnen.

Mit dem Aufkommen nationaler Töne auf den Leipziger Montagsdemonstrationen ab Mitte November und der sich rasant verändernden Massenstimmung wurde die kurzzeitige revolutionäre Avantgarde – die Gruppen der Bürgerbewegung – an den Rand gedrängt und ihre Redner auf Kundgebungen bisweilen sogar ausgepöfeln.²⁷⁵ Mit ihrem Eintreten für eine demokratisch reformierte und eigenständige DDR befanden sie sich unversehens nicht mehr auf der Höhe der gesellschaftlichen Dynamik und wurden wie vorher schon die SED-Reformer, vom nun in Fahrt gekommenen Zug zur Deutschen Einheit überrollt.²⁷⁶

271 Vgl. Weber, DDR, a. a. O., S. 479; Anfang Dezember wurden die meisten aus der SED ausgeschlossen.

272 Vgl. Süß, Staatssicherheit, a. a. O., S. 434 ff.; Timmer, Aufbruch, a. a. O., S: 281 ff.

273 Vgl. Timmer, Aufbruch, a. a. O., S: 314 ff., 332 ff.

274 Vgl. Weber, DDR, a. a. O., S. 482.

275 Vgl. Timmer, Aufbruch, a. a. O., S. 332 ff.

276 Vgl. ebd.; Geisel, Suche, a. a. O., S. 208 ff.